

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 18

Artikel: Christen und Menschenrechte : Nicaragua auf dem Weg in den Totalitarismus
Autor: Lamm, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christen und Menschenrechte

Ein Bericht von Edgar Lamm

Vom Weg Nicaraguas in den letzten 18 Monaten hat Peter Sager nach einem neuerlichen Augenschein in der letzten ZeitBild-Nummer berichtet. Die jetzige Zuschrift unseres Mitarbeiters Edgar Lamm (Aachen) leuchtet einige Stellen der heutigen Situation aus, insbesondere die Lage der Kirche und der Menschenrechtskommission.

Die Kathedrale von Managua ist inzwischen frei von dem riesigen Sandino-Transparent und verunzierenden sandinistischen Propagandaparen. Aber für Ersatz ist reichlich gesorgt. Schräg gegenüber erklärt Präsident Daniel Ortega von einer grossen Plakatwand: «Das Volk in Waffen garantiert den Sieg.» In den Strassen der nicaraguanischen Hauptstadt fallen die martialischen Aufrufe zum «patriotischen Militärdienst» besonders ins Auge. An anderer Stelle proklamiert sich die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) unübersehbar als Partei der Arbeiter.

Der zweite beherrschende optische Eindruck sind Panzer, Militärfahrzeuge und ungezählte uniformierte Männer und Frauen. Sie heben hier und da so etwas wie Schützengraben aus. Mobilmachung. Übermorgen, verkündet die offizielle Propaganda, kommen die Amerikaner. Sie kamen auch diesmal nicht ...

10 Prozent der Bevölkerung beim Militär

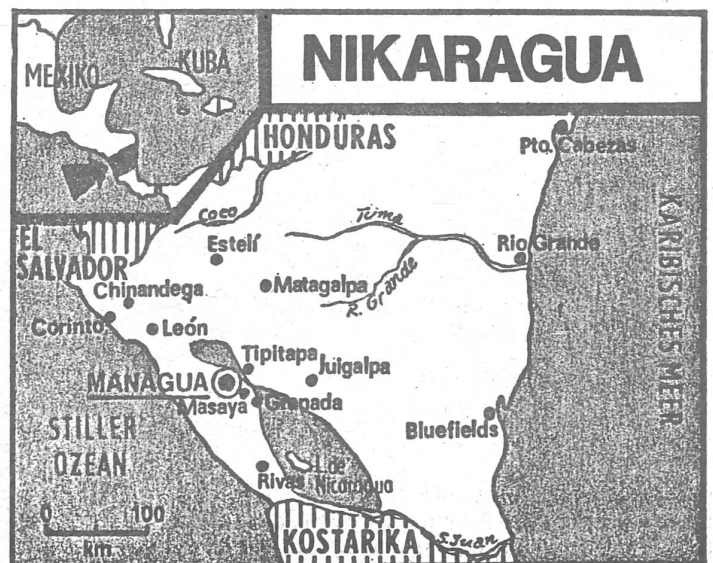
Das Militär ist allgegenwärtig. Zusammen mit der militärisch ausgerüsteten Polizei stehen über 200 000 Mann unter Waffen. Das sind fast 10 Prozent der 2,8 Millionen Einwohner – ein zumindest für Lateinamerika einmalig hoher Prozentsatz. Die Armees Nicaragua ist die grösste Mittelamerikas.

Junge Leute werden in rigoroser Weise zwangsrekrutiert. Sie werden aus Schulen, Hochschu-

len, Bussen und Theatern herausgeholt und sofort ohne lange Ausbildung und vielfach ohne Benachrichtigung der Eltern an die Front gegen die Aufständischen geschickt. Dort werden sie verheizt, während sich die gut ausgebildeten Soldaten in der zweiten Reihe schonen. Es gibt kein Recht auf Wehrdienstverweigerung. Ein führender Funktionär eines oppositionellen Jugendverbandes klagte, dass der «patriotische Militärdienst» kein patriotischer Dienst, sondern ein Dienst für die Nomenklatura sei. All diese Massnahmen werden von führenden Sandinisten mit der Bedrohung durch die USA begründet. Der Generalsekretär des Aussenmi-

nisteriums, Alejandro Bendana, sah z. B. keinerlei innenpolitische Ursachen für das Entstehen der bewaffneten Opposition (etwa die Vertreibung der Indianer aus ihren angestammten Gebieten), obwohl die «Contras» – anderswo würde man sie «Freiheitskämpfer» nennen – immer mehr Zulauf erhalten. Der Direktor der Auslandsabteilung der Sandinistischen Befreiungsfront, Dr. Passos, früher Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, räumte immerhin ein, dass die Revolutionsregierung aufgrund ihres geringen Wissensstandes über die Indianer «anfänglich Irrtümer» ihnen gegenüber begangen habe.

Nicaragua und seine Nachbarn: Nach El Salvador exportiert es seine Revolution, nach Costa Rica seine Flüchtlinge.





Daniel Ortega, der Präsident Nicaraguas, hier bei einem Besuch in Moskau. (Foto Tass, alle übrigen Aufnahmen zu diesem Beitrag vom Autor).

Nicaragua braucht den Konflikt mit seinen Nachbarn

Die Nachbarstaaten Nicaraguas fühlen sich zunehmend bedroht. In Costa Rica waren die Zeitungen während meines Besuches voll mit Berichten über den jüngsten Grenzzwischenfall. Am Vortag waren nicaraguanische Truppen 12 Kilometer ins Landesinnere eingedrungen. Mittlerweile hat die costaricanische Regierung insgesamt 70 Protestnoten wegen Grenzverletzungen an die Sandinisten gerichtet. Costa Rica ist in einer besonders unangenehmen Situation, weil es seit 1948 keine Armee mehr unterhält, sondern nur noch eine 8000 bis 10 000 Mann umfassende Nationalgarde, die bei einer der letzten nicaraguanischen Grenzverletzungen erstmals Todesopfer zu beklagen hatte. Hinzu kommt, daß dieses demokratischste Land Mittelamerikas schätzungsweise 250 000 bis 300 000 nicaraguanische Flüchtlinge verkraften muß. Interessant war zu erfahren, daß in Nicaragua nach unterschiedlichen Angaben zwischen 400 und 200 Guerillas zum späteren Einsatz in Costa Rica ausgebildet werden. Der sozialdemokratische Präsident Monge ist sich mit der christdemokratischen Opposition einig, dass es sich bei Nicaragua um ein zweites Kuba handelt, das im günstigen Augenblick nach Ausdehnung drängt.

500 000 jubelten Kardinal Obando y Bravo zu

Grösster Hoffnungsträger der Bevölkerung ist in Nicaragua wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern die katholische Kirche, der 95 Prozent der Nicaraguaner angehören.

Der Erzbischof von Managua, Kardinal Obando y Bravo – einziger Kardinal Mittelamerikas –, ist die angesehenste Persönlichkeit des Landes. Wo er auftaucht, wird er spontan von Gläubigen umringt. Nach der Rückkehr von seiner jüngsten Rom-Reise, wo er die Kardinalswürde empfangen hatte, wurde er von 500 000 Menschen begrüßt. Viele von ihnen wurden anschließend festgenommen, vor allem Jugendliche. Während die Gläubigen ihm in den Strassen Managuas zujubelten, ging «zufällig» das Licht aus.

Obando, der schon gegen Exdiktator Somoza gekämpft hatte, schildert ruhig, aber bestimmt die Entwicklung Nicaraguas seit der sandinistischen Machtergreifung im Juli 1979.

Anfangs habe die katholische Kirche die neue Regierung unterstützt, bis man erkannt habe, dass sie nur Handlanger Kubas und der Sowjetunion sei. 1980 habe die Verfolgung von Priestern begonnen. 1981 wurde Radio Católica – einem kleinen Sender, der mit Hilfe deutscher Katholiken errichtet wurde – erstmals die Übertragung einer heiligen Messe verboten. Nach dem Papstbesuch 1983 und der Ernennung Obando y Bravos zum Kardinal im Frühjahr 1985 wurde die Zensur abermals verschärft. Der Direktor von Radio Católica, der bei dem Gespräch ebenfalls anwesend war und von den Sandinisten bereits körperlich misshandelt wurde, berichtete, dass der Sender mindestens 24 Stunden vor der Ausstrahlung alle Manuskripte zur Zensur vorlegen müsse.

Inzwischen wurden insgesamt 16 Priester ausgewiesen, anderen wurde die Wiedereinreise verweigert. Auch ausländische Ordensleute durften nicht einreisen. So erging es z. B. den Schwestern der Mutter Theresa.

Der Kardinal sieht die Regierung seines Landes auf dem Weg in den Totalitarismus. In ih-

rer Erklärung vom 12. Juli 1984 erhob die nicaraguanische Bischofskonferenz erstmals den Vorwurf der «Kirchenverfolgung». Zugleich kritisierte sie die «Banden von Anhängern der Regierung, die unter dem Schutz des Militärs aktiv werden, die Gläubigen und ihre Hirten beschimpfen und ihnen in manchen Fällen mit Gefängnis und Tod drohen».

Der Kommentar Obando y Bravos zur sogenannten «Volkskirche» fällt knapp und klar aus: «Sie hat weder Volk, noch ist sie eine Kirche.» Sie werde geführt von einer Gruppe internationalistischer Priester, denen die Sandinisten den staatlichen Rundfunk und das staatliche Fernsehen sowie alle sonstigen propagandistischen Instrumente zur Verfügung stelle. Diese Gruppe habe sehr viel Geld, das zum Teil auch vom Weltkirchenrat in Genf stamme. Im Volk habe sie keinen Rückhalt, verstehe es aber, im Ausland auf sich aufmerksam zu machen.

Das «Ökumenische Zentrum Antonio Valdivieso» in Managua steht der «Volkskirche» nahe. Mein Gespräch mit dem Repräsentanten dieses Instituts – einem ausländischen (!) Priester – war eines der deprimierendsten in Nicaragua. Da wurde aber auch jeder Hinweis auf Entgleisungen der Sandinisten einschliesslich der Unterdrückung der Religionsfreiheit dreist entschuldigt und mit einer grundsätzlichen Solidaritätsbekundung zum Sandinismus beantwortet. Die Gespräche mit führenden Vertretern der Sandinisten waren weniger propagandistisch gefärbt als in diesem «ökumenischen Zentrum». Interessant war nur eines: Von dem Begriff «Volkskirche» wollte man dort nichts wissen. Der sei von der oppositionellen Zeitung «La Prensa» geprägt worden. Das hat sich bei manchen hiesigen Befürwortern der «Volkskirche» offensichtlich noch nicht herumgesprochen...

Fortsetzung auf Seite 4



«Das Volk in Waffen garantiert den Sieg»: Propagandawand in Managua.



Das Gebäude der Menschenrechtskommission in Nicaragua.



Wenigstens auf den Nummernschildern: «Freies Nicaragua».



Der Kopf von «Barricada», dem Organ der sogenannten Sandinistischen Befreiungsfront.

Fortsetzung von Seite 3

Regelmässig dokumentiert werden Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua von der 1977 gegründeten unabhängigen «Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas» (CPDH). Die Folgen sind an der Fassade ihres Gebäudes abzulesen: Sie wurde von Turbas, den Schlägertrupps der Sandinisten, beschmiert (Bild links).

Menschenrechtskommission: Sicherheitschef foltert persönlich

Die CPDH macht die gleichen tragischen Erfahrungen wie die katholische Kirche, «La Prensa» und andere oppositionelle Gruppen und Parteien. Sie alle haben schon gegen Somoza gekämpft. Die CPDH hatte sich seinerzeit sogar für den heutigen Innenminister Comandante Tomas Borge eingesetzt, als dieser inhaftiert war. Heute wird sie von ihm verfolgt.

Der Leiter der CPDH, Rechtsanwalt Dr. Lino Hernandez Trigueros, berichtet, dass den von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen ernste Konsequenzen angedroht werden für den Fall, dass sie Kontakt mit der Menschenrechtskommission aufnehmen. Trotzdem habe man allein im Juni 1985 schon 98 neue Beschwerdefälle erhalten. Sie betreffen Todesfälle, willkürliche Verhaftungen, Folterungen, spurlos verschwundene Personen, Enteignungen als politisches Sanktionsmittel, Behinderungen der Arbeit von Gewerkschaften und Parteien sowie Massenverhaftungen von Campesinos (Landarbeitern), die sich der Vertreibung aus ihren Heimatorten widersetzt hatten.

Kürzlich hat die Kommission den Fall des Ingenieurs Cisneros Leiva, des Präsidenten des Verbandes der Eltern christlicher Schüler, veröffentlicht. Er war vom Staatssicherheitschef Comandante Lenin Cerna persönlich gefoltert worden! Cisneros musste nackt und gefesselt vor dem Comandante niederknien, während dieser ihn mit Faustschlägen und Fusstritten malträtierte. Anschliessend wurde Cisneros ohne Brille und nackt auf die Strasse geworfen – offenbar eine bevorzugte Methode der Sandinisten, die schon des öfteren angewandt wurde. In mindestens einem Fall wurde auch mit einem Priester so verfahren. Der Staatssicherheitsdienst versäumte nicht, den Elternverbandspräsidenten mit dem Tode zu bedrohen für den Fall, dass er öffentlich über seine «Behandlung» berichte. Sein «Vergehen»? Er hatte das indoktrinäre Erziehungssystem Nicaraguas zu kritisieren gewagt.

Besonders aufmerksam verfolgt die Menschenrechtskommission willkürliche Verurteilungen von «Konterrevolutionären» durch die sogenannten «Volksgerichte». Ihnen gehören grösstenteils Nichtjuristen an, deren «Qualifikation» darin besteht, Mitglieder der «Massenorganisationen» der Sandinistischen Front zu sein.

Zur Irreführung des Auslandes hat die Regierung allen unabhängigen Institutionen ähnlich klingende Konkurrenzunternehmen gegenübergestellt: Die Christlichsoziale Partei (PSC) soll durch die Christlichsoziale Volkspartei (PPSC) konterkariert werden. Der Zeitung «La Prensa» sollte durch die Gründung von «El Nuevo Diario» das Wasser abgegraben werden. Ein vergeblicher Versuch. Die Bevölkerung stellte nämlich keine Unterschiede fest zwischen dieser Neugründung und dem Parteiorgan «Barricada». Die Titelblattkopfleiste dieser sandinistischen «Prawda» wird übrigens mit einem schiessenden Guerillakämpfer verziert.

Der «Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas» (CPDH) schliesslich wurde die «Nationalkommission zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte» (CNPPDH) zur Seite gestellt. Sie kümmert sich um manches, nur nicht um die Menschenrechte. Keinem verfolgten Nicaraguaner würde es einfallen, sich an diese Kommission zu wenden!

Parallelen zum Ostblock

Nicaragua ist noch keine totalitäre Diktatur, aber es überwiegen in diesem mittelamerikanischen Land, das sich seit März 1982 im Ausnahmezustand befindet, insgesamt die Parallelen zum Ostblock: die Militarisierung, Indoktrinierung, Unterdrückung der Opposition, das Fehlen unabhängiger Gerichte, das Abhalten von Scheinwahlen und die Errichtung einer Einparteiendiktatur, die Tendenz zur Expansion, die grosse Zahl politischer Häftlinge (mindestens 4000 und damit mehr als unter Somoza) sowie der von DDR-Spezialisten aufgebaute Sicherheitsapparat. Sogar den Blockwart gibt es in Nicaragua. Er verteilt sinnigerweise die Lebensmittelkarten und kümmert sich bei dieser Gelegenheit auch um das «richtige» politische Bewusstsein seiner Blockbewohner.

Auch die ideologisch motivierte Strangulierung der Privatwirtschaft erinnert an ungute Vorbilder. Comandante Henry Ruiz, ehemaliger Planungsminister, hat die zentrale Planwirtschaft als Ziel verkündet. Die Versorgungslage ist entsprechend miserabel, zumal 40 Prozent der Staatsausgaben in den militärischen Bereich fliessen. Es fehlt nahezu an allem. Zeitweise wurde in Managua zweimal wöchentlich das Wasser abgestellt. Bei all dem muss man bedenken, dass insbesondere die USA unter ihren Präsidenten Carter und Reagan im ersten Jahr nach der sandinistischen Machtübernahme dem Land immense finanzielle Unterstützung zukommen liessen. Deshalb ist auch die Behauptung falsch, die Sandinisten seien durch die USA in die Arme Moskaus getrieben worden.

★

Die führenden Comandantes haben selber auf Moskau gesetzt. Sie brauchen dessen Protektion. Nicht so sehr gegen die USA als vielmehr gegen die eigene Bevölkerung.

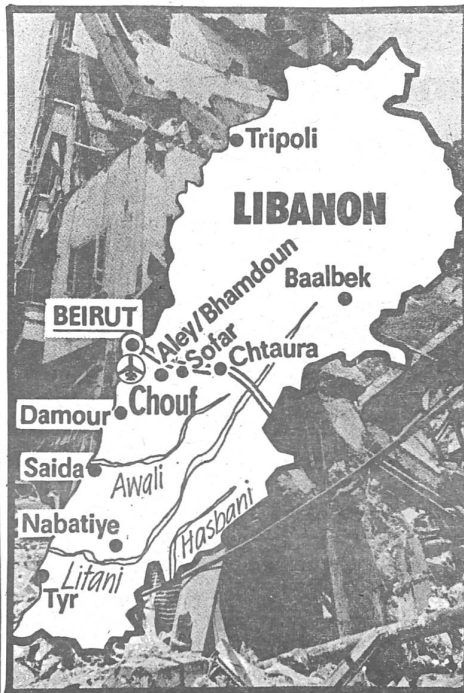
Syrien hat in Libanon als Ordnungsmacht nicht versagt

Bombe um Bombe näher zur Macht

In Beirut haben die Terrorakte zwischen Christen und Moslems gegenseitigen Charakter, aber in der Summe heben sie sich nicht auf, denn sie sprengen den Weg zu einer neuen Machtverteilung. Die Christen verlieren Macht, die Moslems gewinnen Macht, und die Syrer gedenken zu erben. Deshalb haben sie es nicht nötig, durch engagiertes Auftreten etwas zu riskieren.

Der Bombenkrieg, präziser Bombenterror, in Beirut ist noch nicht überstanden. Er wird sich noch steigern und erst dann abnehmen, wenn in Libanon die Macht neu verteilt ist. Das heisst, wenn die Moslems die Vorherrschaft der vornehmlich maronitischen Christen gebrochen haben.

Die Christen sind heute Minderheit, aber sie stellen aufgrund der Ergebnisse einer Volkszählung aus den dreissiger Jahren nach wie vor den (Staats-)Präsidenten. Dieser wiederum ernennt den Regierungschef und den Parlamentspräsidenten seiner Wahl, aber sie müssen Moslems sein, ein Schiite und ein Sunnite.



«horizont», Ostberlin.

Ringen um Reformen

Die stärkste Bevölkerungsgruppe bilden die Schiiten. Ihr bewaffneter Arm ist die Amal. Bis anhin waren die Schiiten stets die Unterprivilegierten. In gewissem Sinne wurden sie von den Israeli bei deren Einmarsch in Libanon im Juni 1982 von der Unterdrückung durch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) befreit. Jetzt, seit sich die israelische Armee vor zwei Monaten – bis auf einen Sicherheitsstreifen – aus Südlibanon zurückzog, sind sich die Schiiten ihrer Macht bewusst geworden. In unüblicher (eigentlich unnatürlicher) Einigkeit und Partnerschaft mit den Sunniten und der islamischen Sekte der Drusen wollen sie nun den christlichen Präsidenten Amin Jumayel stürzen. Der Krieg der Bomben, der mit einem Anschlag im von Christen bewohnten Ostteil von Beirut begann, ist im Grunde ein Ringen um Reformen, um mehr Macht für die Moslems.

Als Ordnungsmacht haben die Syrer nicht versagt. Das Chaos, der Terror ist ihnen willkommen, ist ihren Plänen eines Gross-Syriens förderlich. Solange sich die Syrer nicht direkt ein-